

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 18. Juni 2019**

Am 18. Juni fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 (MFR), die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. Juni 2019, die Annahme von Schlussfolgerungen zum Erweiterungs-, Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess sowie das Europäische Semester 2019.

### **Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027**

Der rumänische Vorsitz fasste zusammen, dass nicht alle Erwartungen in der Verhandlungsbox erfüllt werden. Es gelte jedoch weiterhin der Grundsatz: „Nichts ist vereinbart, bevor alles vereinbart ist“. Ich unterstrich, dass die Verhandlungsbox noch nicht ausgewogen sei und daher unter finnischem Vorsitz weiterentwickelt werden müsse. Darüber hinaus stellte ich klar, dass es keine Änderung der österreichischen Position gebe. So werde Österreich weiterhin eine Stabilisierung seines EU-Beitrags und daraus resultierend eine Obergrenze von 1 % des EU-27 BNE für den Mehrjährigen Finanzrahmen fordern.

### **Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. Juni 2019**

Der rumänische Vorsitz erläuterte die Schwerpunkte im Entwurf für Schlussfolgerungen des Europäischen Rates am 20./21. Juni.

### **Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess**

Kommissar Johannes Hahn unterstützte den Textvorschlag des rumänischen Vorsitzes und appellierte eindringlich an die Mitgliedstaaten, ihre Kompromissfähigkeit zu beweisen und ein positives Zeichen für die Region zu setzen. Mutige Reformschritte sowie das Zustandekommen des historischen Prespa-Übereinkommens müssten honoriert werden. Ich dankte Kommissar Hahn für den unermüdlichen Einsatz für die Erweiterung am Westbalkan, forderte ebenfalls möglichst positiv formulierte Rendezvous-Klauseln und erinnerte an die strategische Verantwortung der EU in der Region des Westbalkans. Ich hob hervor, dass,

ebenso wie nach dem Ende des Kalten Krieges die Staaten Zentral- und Osteuropas erfolgreich in die EU integriert wurden, nunmehr auch die Länder des Westbalkans an die EU-Mitgliedschaft herangeführt werden müssten. Ich betonte, dass nur wenn dieses Ziel weiterhin glaubwürdig verfolgt werde, die EU sich im geopolitischen Wettbewerb um die Region durchsetzen könne. Zur Türkei betonte ich die österreichische Position und unterstützte die klare Problemdarstellung im Schlussfolgerungstext.

In den Schlussfolgerungen wurde schließlich festgehalten, dass der Rat in der Frage der Eröffnung der Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien spätestens im Oktober 2019 eine klare und substantielle Entscheidung vornehmen werde. Im Zusammenhang mit der Türkei wurde erneut festgehalten, dass die Beitrittsverhandlungen praktisch zum Stillstand gekommen sind, die Öffnung bzw. der Abschluss weiterer Kapitel nicht in Betracht gezogen werden kann und keine weiteren Arbeiten zur Modernisierung der Zollunion EU-Türkei vorgesehen sind.

### **Europäisches Semester**

Der rumänische Vorsitz schlussfolgerte nach einem kurzen Überblick der Kommission zur allgemein guten Wirtschaftslage, dass der Horizontale Bericht über länderspezifische Empfehlungen gebilligt werde.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

4. Juli 2019

Mag. Alexander Schallenberg  
Bundesminister